Sache mit dem grünen Realpolitiker Joschka Fischer machen (siehe Seite 64).

Die Sozialdemokraten zielen vor allem auf den Verbrauch fossiler Energien, der laut Schäfer für die Hälfte der jährlich in der Bundesrepublik entstehenden Umweltschäden in Höhe von geschätzt 100 Milliarden Mark verantwortlich ist. Mit höheren Energiesteuern soll der Verbrauch gesenkt werden. Die Mehrbelastung der Bevölkerung wollen die Sozis durch geringere Besteuerung der Arbeit über einen höheren Grundfreibetrag oder, bei Nichtsteuerpflichtigen, durch höhere Wohn-, Heizkosten- oder Sozialzuschüsse kompensieren.

Die Kraftfahrzeugsteuer soll, weil nicht verbrauchsabhängig, abgeschafft und auf die Mineralölsteuer umgelegt werden: Für Pendler ist zum Ausgleich eine neue Entfernungspauschale bis zu 50 Pfennig pro Kilometer (derzeit 42 Pfennig) vorgesehen. Der Benzinpreis soll sich am oberen EG-Niveau orientieren, das derzeit von Frankreich mit knapp zwei Mark für Supersprit angeführt wird.

Weniger detailliert als das Öko-Steuer-Programm wird aus heutiger Sicht das SPD-Konzept zur Unternehmensbesteuerung ausfallen. Als Leitsatz gilt, daß die Steuerbelastung der Wirtschaft weder gesenkt noch erhöht werden soll. Es könnte also bei den vom früheren CDU-Finanzminister Gerhard Stoltenberg gesenkten Spitzensätzen der Einkommen- und Körperschaftsteuer (von 1990 an: 53 und 50 Prozent) bleiben.

Weil es im FDP-geführten Wirtschaftsministerium allerdings Pläne gibt, den Unternehmern im Wahlkampf eine Nettoentlastung von 20 bis 25 Milliarden Mark auszuloben – darunter einen Spitzensatz bei Einkommen- und Körperschaftsteuer von nur 46 Prozent –, hat die frühere Freidemokratin Ingrid Matthäus-Maier ein Modell mit Spitzensätzen von 49 Prozent entworfen, das die Staatskasse rund acht Milliarden Mark kostet. Um diese Summe müßten Abschreibungsvergünstigungen und andere Subventionen gekürzt werden.

Doch Dieter Spöri hält eine derartige Operation „in der SPD nicht für durchsetzbar". Er sagt heftigen Protest der SPD-Stammwähler voraus, „wenn wir plötzlich die Steuern für den Vorstandsvorsitzenden senken, nachdem wir die amtierende Regierung heftig attackiert haben, als sie den Spitzensatz runtersetzte". Er will den Einkommensteuer-Spitzensatz bei 53 Prozent lassen und nur die Körperschaftsteuer auf 45 Prozent für jene Gewinne senken, die im Betrieb bleiben. Einzelunternehmer und Personengesellschaften, die jetzt der Einkommensteuer unterliegen, sollen künftig für einbehaltene Gewinne die niedrigere Körperschaftsteuer wählen können. Der Vorschlag würde zwei Milliarden Mark kosten.

Im August wollen die Sozialdemokraten mit Unternehmern und Verbandsfunktionären Reaktionen auf ihr „Fortschritt"-Modell testen. Ob die Partei ihr Konzept zur Unternehmensbesteuerung schon im Wahlprogramm präsentiert, ist noch offen.

Derweil diskutieren die Genossen bereitwillig auch über exotisch anmutende Pläne und Probleme. Etwa über die Krankenversicherung: Autofahrer, die einen Unfall verursachen, rechnen bislang eigene Gesundheitsschäden über ihre Krankenkassen ab, was die jährlich rund 15 Milliarden Mark kostet. Wenn es gelänge, diese Summe der Kraftfahrzeugversicherung anzulasten, könnten die Krankenkassen gut acht Milliarden Mark für Beitragssenkungen, die übrigen Milliarden für eine „Pflegesicherung" für Alte und Kranke ausgeben.

Oder die Quellensteuer: Nachdem die Bundesregierung ihr ungeliebtes Kind wieder verstieß, will auch die heutige Opposition trotz früherer Sympathiebekundungen den Balg nicht wiedersehen.

Eine erste Probe aufs Exempel, wie ernst er's mit dem Versprechen finanzieller Solidität hält, hat Lafontaine für August anberaumt. Dann wollen die Kommissare ein „Finanzkataster" aufschreiben, mit allen Projekten und ihrer Finanzierung. Der SPD-Vize hat den Rahmen fürs Regierungsprogramm abgesteckt: „Es wird nichts drin stehen, was nicht finanzierbar ist."

Doch ob Lafontaine sein Werk auch im Bundestagswahlkampf als Spitzenkandidat vertritt, darüber entscheiden im nächsten Jahr erst die Saarländer bei ihrer Landtagswahl, die der Ministerpräsident nicht verlieren darf, und dann der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel.

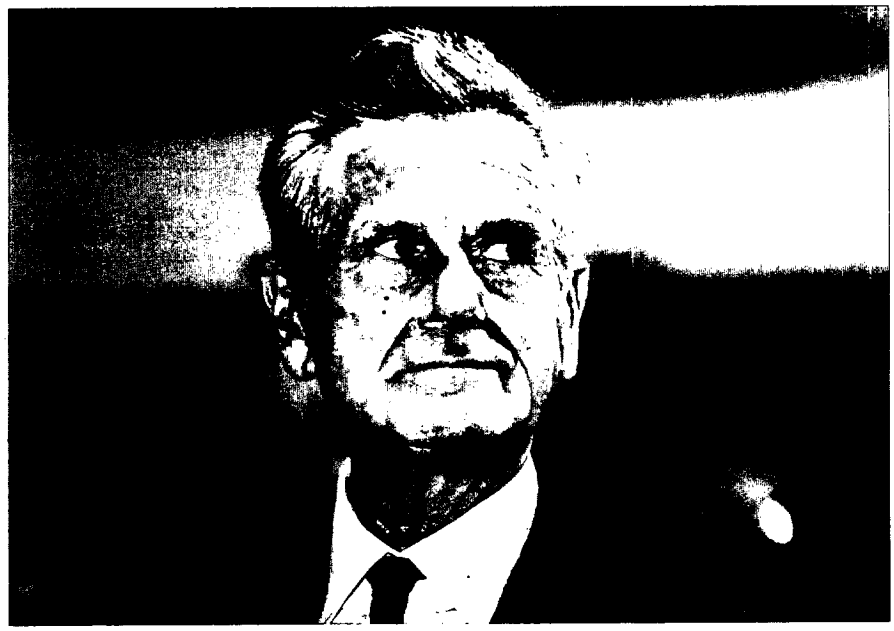
„Das Programm", sagt Oskar, „das könnte auch der Jochen nahtlos übernehmen."

PARTEISPENDEN

Schelle um den Hals

Mit Bangen erwarten Bonner und Stuttgarter Polit-Prominente den nächsten Parteispendenprozeß: Sie fürchten, der angeklagte Ex-Bosch-Manager Merkle könnte über illegale Parteipraktiken auspacken.

Hans Lutz Merkle, 76, war verbittert. Viele seiner Kollegen in der Industrie, so klagte der frühere Bosch-Chef, hätten „psychische Torturen" durchlitten. Erst seien sie „zur Parteikasse gebeten", dann „den Raubtieren zum Fraß" vorgeworfen worden. Bis auf „wenige erfreuliche Ausnahmen" hätten die Politiker versagt.



Parteispender Merkle: Wenn „Gottvater" auspackt

Merkle nannte keine Namen. Aber im Stuttgarter Rotary-Club wußte ohnehin jeder, wer gemeint war. Der „Gottvater" der Manager-Kaste ist tief enttäuscht von Bundeskanzler Helmut Kohl, aber auch vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth.

Der Alt-Industrielle nimmt den beiden Christdemokraten und anderen Politikern aus dem konservativen Lager übel, wie sie sich in den Parteispenden-Verfahren aus der Affäre gezogen haben. „Die sich zurückhalten", grollte der Alte, „verletzen ein ungeschriebenes Gesetz: Vertrauen gibt es nur gegen Vertrauen."

Über den Vertrauensbruch will Merkle jetzt öffentlich reden, und er hat reichlich Gelegenheit: Am Dienstag dieser Woche beginnt vor der 6. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts ein Parteispenden-Verfahren gegen den einstigen Bosch-Manager.



Parteifreunde Kohl, Späth: „Civilcourage" und „Mannesmut"

In einer 86 Seiten starken Anklageschrift wirft ihm die Stuttgarter Staatsanwaltschaft fortgesetzte Hinterziehung von Körperschaft- und Gewerbesteuer in Höhe von 3 980 108 Mark vor. Vorsorglich hat der Vorsitzende Richter 27 Verhandlungstage angesetzt. Kein anderer Parteispenden-Prozeß, der Flick-Fall ausgenommen, ist von ähnlicher Brisanz, schon wegen der Person des Angeklagten.

Das Ansehen, das der mächtige Merkle in der Industrie genießt, ist allenfalls vergleichbar mit dem des Bankiers Hermann Josef Abs in dessen Glanzzeiten. Merkle ist jedenfalls kein Mann, der gern über sich richten ließe – ein Merkle richtet selber.

Als Angeklagter will er in die Rolle des Anklägers schlüpfen: Merkle sucht vor Gericht die Generalabrechnung mit der westdeutschen Polit-Prominenz, die ihre einstigen Gönner aus der Industrie im Stich gelassen hat.

Der Ex-Manager kennt die Praktiken des Parteispenden-Geschäfts, und er weiß genau, wer dabei war. Wenn Merkle wirklich auspackt, hätten nicht nur Späth und seine schwäbischen CDU-Vetterles einiges zu fürchten – für Helmut Kohl könnte es unangenehm werden.

Der Bosch-Herr gehörte dem Vorstand und dem Kuratorium des „Politischen Seminars der Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V." (SV) an. Die SV war eine gigantische Geldbeschaffungsanlage für die Christliberalen. Über Jahre hinweg lenkte der Verein die Geldströme der Industrie in Parteikassen und Politikertaschen. Merkle beriet den Vorstand der SV bei der Verteilung der Gelder.

Die SV war jene Inkasso-Stelle, an die sich Kohl bei seiner Aussage vor dem Mainzer Parteispenden-Ausschuß im Juli 1985 zum Erstaunen von Parteifreunden nicht mehr richtig erinnern konnte; an einer Anklage wegen uneidlicher Falschaussage kam der Regierungschef damals nur knapp vorbei (SPIEGEL 9/1986).

Viele Christdemokraten fürchten schon seit langem, daß sich ein Industrieller dazu entschließen könnte, über das Innenleben des Vereins auszupakken – und sich dann an mehr erinnern kann als der Pfälzer mit dem Blackout.

Die bleierne Gelassenheit, mit der Bonns Politiker die Affäre ausgesessen haben, hat Merkle wütend werden lassen.

Erst störte ihn, daß Parteien „Grundsätze sorgsamen Wirtschaftens mißachtet" hatten, dann fiel ihm auf, daß die Erfinder der Geldwaschanlage, die Politiker, im Gegensatz zu seinen Kollegen aus der Industrie nahezu ungeschoren davonkamen. Von „Feiglingen" spricht Merkle nun und davon, daß „das Gespräch zwischen Wirtschaft und Politik gestört ist".

Wenn Merkle, der mit betont leiser Stimme Gesprächsrunden zur Andacht zwingt, den Stuttgarter Landesvater trifft, beschränkt er sich neuerdings auf protokollarische Formen. Die alte Herzlichkeit ist weg.

Zu tief sitzt die Enttäuschung darüber, daß auch Späth sich nicht öffentlich zu dem Bündnis bekannt hat, das jahrelang im Schwabenland so mustergültig geklappt hat: die Allianz von Wirtschaft, Staat und Parteien.

Merkle war Gründungsvater der „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e.V., Stuttgart", der größten regionalen Geldwaschanlage der Republik. Er war ihr erster Vorsitzender und hatte im Kuratorium das Sagen.

Offiziell war der Verein, der eng mit Regierung und CDU kooperierte, ein Berufsverband, der das Sammeln bei den Unternehmen im Ländle übernahm. Von der Staatsanwaltschaft wird Merkle nun vorgeworfen, ihm sei bekannt gewesen, daß solche Verbände allenfalls 25 Prozent der Einnahmen an Parteien weiterleiten dürfen. Über sogenannte Kaskadenvereine wie den „Verband der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums e.V." seien aber „zwischen 42 Prozent und 114 Prozent" der Einnahmen an die Parteien geflossen.

Allein zwischen 1971 und 1981 erhielten Politiker und Parteien aus dem christliberalen Spektrum 24 507 415 Mark. Das Ziel war schon früh festgelegt worden – „ein Maximum von Wählern für die bürgerlichen Parteien zu gewinnen".

So manchen Sturm hatte der erlauchte Spendenverein überstanden. Übereifrige Steuerfahnder, die früher schon mal das Netz der illegalen Spenderorganisationen enttarnen wollten, waren versetzt worden, der baden-württembergische Finanzminister Hermann Müller (FDP) hatte eine brisante Spendenakte in seinem Tresor verschwinden lassen – Merkle und die anderen Unternehmer im Land konnten sich ziemlich sicher fühlen.

Daß Späth die Arbeit der Waschanlagen bestens kannte, zeigt ein vertrauliches Dokument aus dem Herbst 1980. Der Regierungschef gab – „Betrifft Parteifinanzen" – die Anweisung, abzuklären, welche Summen für die verschuldete Union von den Fördergesellschaften reingeholt werden könnten.

Wie gut die Zusammenarbeit in Stuttgart lief, belegt ein Termin aus dem Jahre 1981. Am 3. Juni fand in der Villa Reitzenstein eine Vorstandssitzung des „Verbandes der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums" statt. Der Verband, der sogar in Merkles Konzern als „Tarn-Institution" bezeichnet wurde, war von Späth eingeladen worden, weil der Ministerpräsident sich über dessen Aktivitäten informieren wollte.

Als im Frühjahr 1983 junge Staatsanwälte die Spendenvereine durchsuchten, glaubten manche im Schwabenland an Revolte. Die Allianz von Geld, Parteien und Staat zeigte sich ohnmächtig.

Auch die Möglichkeiten eines Regierungschefs, auf die Ermittlungen Einfluß zu nehmen, seien begrenzt, hörten Merkles Leute aus der Umgebung von Späth – lediglich eine diskrete Erledigung sei drin. Justizminister Heinz Eyrich traf sich mit Merkles Anwälten, aber Einfluß nehmen wollte er nicht: Er wisse auch nicht, wie „man der Katze die Schelle um den Hals hängen" könne.

Ganz starrsinnig waren die Strafverfolger beim legendären Merkle allerdings nicht. Spendentransfers von Merkle an die Staatsbürgerliche Vereinigung

in Höhe von 8 224 000 Mark (seit 1955) blieben strafrechtlich folgenlos – die Geldwäsche wurde als „unwesentliche Nebenstraftat" eingestuft. Andere gehen für solche Summen ins Gefängnis.

Merkle wurde wegen der Millionenzahlungen an die Fördergesellschaft ein Strafbefehl angeboten, doch er lehnte ab; er wäre anderenfalls vorbestraft gewesen. Die Umwegfinanzierung, argumentierte er, sei doch der Finanzverwaltung bekannt gewesen.

Eine Menge Leute haben versucht, Merkle vom Streit vor Gericht abzuhalten. Otto Graf Lambsdorff beispielsweise reiste nach Stuttgart und beschwor Merkle in einem Vier-Augen-Gespräch, den Fall doch diskret zu erledigen.

Der frühere FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs, der von 1985 bis 1987 gemeinsam mit Lambsdorff vor Gericht saß, schaute ebenfalls vorbei, und auch er bekam eine Abfuhr. „Ich stehe das voll durch", sagte Merkle. Seit er bei Bosch aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, sei er sicher, daß das Image des Unternehmens nicht ramponiert werde.

Merkle kämpft, als ginge es um alles oder nichts. Gut zwei Dutzend Parteispenden-Prozesse gegen Manager und Unternehmer hat es schon gegeben, aber keiner hat Merkle in seiner Haltung so beeinflußt wie der gegen den Esslinger Industriellen Helmut Eberspächer, der seit 14 Monaten wegen Spenden in Höhe von 301 326 Mark vor Gericht steht; das Ende ist offen.

Merkle zeigt guten Freunden gern einen Brief, den Eberspächer an Späth geschrieben hat. Ironisch dankt der 73jährige in dem Zwei-Seiten-Schreiben dem Landesvater für die „Civilcourage" und den „Mannesmut", mit dem sich „die politische Führung moralisch und sachlich" vor die „Exponenten der Wirtschaft" gestellt habe.

„Jedermann wird einsehen", spottete der Katalysatoren-Fabrikant, „daß Sie von den Geldflüssen zwischen den Unternehmen, Fördergesellschaften, Wirtschaftsverbänden und Parteikassen nichts gewußt haben und auch nichts wissen konnten." Sein Bekannter Eberspächer, erzählt Merkle, sei durch den Monsterprozeß „physisch ziemlich fertig". Er selber traut sich zu, das Verfahren, wie lange es auch dauern mag, durchzustehen.

Jahrelang hat Merkle sich mit einem halben Dutzend von Anwälten auf die Klärung vor der Strafkammer vorbereitet. Die Liste der Beweismittelordner umfaßt 80 Bände.

Für die Dauer des Verfahrens hat sich Merkle eine Wohnung in unmittelbarer Nähe des Gerichts genommen, in der er sich mit seinen Anwälten besprechen will. Den Prozeß möchte er in eine Veranstaltung auf höchstem gesellschaftlichen Niveau umfunktionieren. Vor Freunden drohte er bereits: „Ich werde nicht allein vor Gericht sitzen."

FDP

Herren am Werke

Bei der Suche nach einem neuen Profil stoßen die Liberalen an Grenzen, die der Wirtschaftsflügel setzt.

Es ist schon etwas Besonderes, an einem Galadiner für den amerikanischen Präsidenten teilzunehmen. Für einen Gast unter den 150 Auserwählten, die Dienstag voriger Woche im Beethoven-Saal der Godesberger Redoute mit George Bush Pfälzer Wein trinken durften, war der Abend außerordentlich lohnend.

Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter nutzte die günstige Gelegenheit, sich beim Small talk mit Helmut Kohl und Otto Graf Lambsdorff nach dem Stand seiner Geschäfte zu erkundigen: Wie es denn nun um die Fusion seines Unternehmens mit Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) bestellt sei? Die Dinge seien, beruhigten Kanzler und FDP-Chef den Fragesteller, „in positivem Fluß".

Besonders das Signal des Grafen freute den Mercedes-Mann. Immerhin läßt Lambsdorffs Parteifreund Helmut Haussmann, der als Wirtschaftsminister im September endgültig über den Bau des Mammutkonzerns Daimler/MBB entscheiden muß, keine Gelegenheit aus zu versichern, er sei nach allen Seiten offen.

Beim festlichen Diner hat Lambsdorff bestätigt, was viele Liberale noch immer nicht glauben mögen: Ausgerechnet die FDP, die Partei der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs, steht hilfreich zur Seite, eine „ökonomische Großmacht" (SPD-Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth) mit 80 Milliarden Mark Umsatz zu basteln.

Der einstige Vorsitzende Martin Bangemann hatte den Freidemokraten, bevor er sich nach Brüssel absetzte, den Daimler-Deal als unwillkommene Erbschaft hinterlassen. Und nunmehr stöhnen die Erben, daß sie wider bessere Einsicht zum Mitmachen gezwungen werden.

Der eklatante Verstoß gegen eigene Grundsätze trifft die FDP in einer denkbar schwierigen Phase. Wieder einmal am Rande der parlamentarischen Fünf-Prozent-Kippe, von links und rechts in der Mitte bedrängt, ist es für die Freidemokraten lebenswichtig, ihre Existenzberechtigung beim Wähler nachzuweisen. Statt dessen bietet Lambsdorff weder Fisch noch Fleisch.



FDP-Chef Lambsdorff*: Weder Fisch noch Fleisch?

Eine Wächterfunktion gegen Machtanhäufung jeder Art, vor allem in der Wirtschaft, dafür will die FDP stehen. Ihr Vorsitzender, ein „in der Wolle gefärbter Marktwirtschaftler" (Lambsdorff über Lambsdorff), schmiedet derweil gegen das Votum der Berliner Kartellwächter ein klassisches Monopol.

Als Minister für den Mittelstand will Haussmann sich profilieren – und gefährdet ihn durch Anhäufung von Marktmacht.

Mit einem Programm für Gesellschafts- und Sozialpolitik wollte Lambsdorff jene Wählerschaft ködern, der die Partei zu wirtschaftslastig scheint. Doch sein Versuch, der FDP ein fortschrittliches soziales Profil zu verschaffen, scheiterte auf dem Kölner Parteitag kläglich.

Das Dilemma der FDP: Hätte sie nicht Hans-Dietrich Genscher und die Abrü-

* Ende Mai auf dem Kölner Parteitag.